

Frank Theile

Fraktionsvorsitzender

Alter Markt 6

Tel. 0391/540-22 26

Fax 0391/540-25 29

39104 Magdeburg

E-Mail: DIELINKE.Fraktion@stadt.magdeburg.de
www.dielinke-magdeburg.de

PRESSEMITTEILUNG

Magdeburg, 25. Januar 2012

ECHO: Zur Stellungnahme des Fraktionsvorsitzenden der Stadtratsfraktion CDU/BfM, W. Schwenke und des Finanzpolitischen Sprechers der Fraktion CDU/BfM, R. Stern vom 20.01.2012:

(Quelle: <http://www.cdu-magdeburg.de>)

Wie nicht anders zu erwarten, konnte die vom Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg mehrheitlich beschlossene Grundsteuererhöhung aus den Reihen der Fraktion CDU/BfM nicht unkommentiert bleiben. Demonstrativ teilen beide CDU-Stadträte in ihrem Statement mit: „Aus Sicht unserer Fraktion ist eine Anhebung der Grundsteuer B ein falsches Signal an die Bürger und Gewerbetreibenden in der Stadt, vor allem bei der von allen politischen Seiten, immer wieder, geforderten Akquise von weiteren Wirtschaftsansiedlungen.“

Absender dieses „falschen Signals“ sind nach Ansicht der Vertreter der CDU/BfM-Fraktion natürlich DIE LINKE-Fraktion, die Fraktion B90/Die Grünen und die SPD/Tierschutzpartei/future!-Fraktion.

Nicht erwähnt wird durch Herrn Schwenke und Herrn Stern allerdings, dass die Erhöhung der Grundsteuer A und B, die drastischen Kürzungen von Ausgaben im Sozial- und Kulturbereich und die Mittelkürzungen in verschiedenen Dezernaten die direkten Folgen einer, in Bezug auf Aufgaben und Bedürfnisse der Landeshauptstadt Magdeburg, vollkommen unangemessenen Finanzpolitik des Landes Sachsen-Anhalt darstellen.

Das vom Landesparlament unter maßgeblicher Mitwirkung der dort vertretenen CDU-Abgeordneten, zu denen auch Herr Schwenke gehört, im Dezember 2011 beschlossene Finanzausgleichsgesetz und der ebenfalls mit den Stimmen der CDU-

Fraktion gefasste Stadtratsbeschluss DS0384/11 sowie zahlreiche gesetzliche Regelungen zur kommunalen Haushaltsführung zwingen die seit Jahren solide

wirtschaftende Landeshauptstadt leider auch nach durchaus unpopulären Quellen zur Herstellung eines ausgeglichenen Stadthaushaltes zu suchen.

Wer also als Vertreter seiner Partei im Landtag einer nicht mehr nachvollziehbaren Kürzungspolitik gegenüber den Kommunen zustimmt, der sollte dann in Personalunion als Stadtrat den Bürgerinnen und Bürgern (im konkreten Fall den Gewerbetreibenden, Immobilieneigentümern und deren Mietern) doch schon einmal etwas genauer die Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten für leider notwendige Grundsteuererhöhungen erklären.

Wer dies nicht tut, gerät schnell in Verdacht eigenes Unvermögen auf andere abwälzen oder lediglich Klientelinteressen bedienen zu wollen.

Herr Schwenke und Herr Stern haben es sich in ihrer Argumentation sehr einfach gemacht. Sowohl die Grundsteuererhöhung als auch die von CDU/BfM und FDP alternativ vorgeschlagene Personalkostenreduzierung in der Stadtverwaltung sind letztlich nichts anderes als Zwänge, die aus einer Landesfinanzpolitik resultieren, die wesentlichen Erfordernissen kommunaler Selbstverwaltung zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft nicht mehr gerecht wird.

Im Nachhinein dann über Grundsteuererhöhungen „Krokodilstränen“ zu vergießen und suggerieren zu wollen, dass für den Griff in die Tasche der Bürgerinnen und Bürger andere verantwortlich sind – nämlich die Fraktionen DIE LINKE, SPD/Tierschutzpartei/future! und B90/Die Grünen, ist nicht nur unehrlich, sondern es hilft den hiervon Betroffenen und der Zukunft der Landeshauptstadt in keiner Weise.

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender